

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 1. Auflage	V
Literaturverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Einführung	1
1. Teil: Die Grundzüge des bayerischen Polizei- und Sicherheitsrechts	3
§ 1 Der Begriff der Polizei	3
I. Die Bedeutung des Polizeibegriffes	3
II. Das Spiegelbild der Verfassungsgeschichte	3
III. Die heutigen verschiedenen Polizeibegriffe	7
IV. Die Doppelfunktion der Polizei	8
Fall 1: Der Streit ums Bad	12
§ 2 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die Behördenstruktur im Polizei- und Sicherheitsrecht	16
I. Die Verteilung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	16
1. Die Bundesgesetze zur Gefahrenabwehr	17
2. Die bayerischen Gesetze zur Gefahrenabwehr	18
II. Die Behördenstruktur bei der Gefahrenabwehr	19
1. Die Polizeibehörden	19
2. Die Sicherheitsbehörden	21
Fall 2: Der Elefant beschädigt ein Auto	23
§ 3 Das gefahrenabwehrrechtliche Instrumentarium und der Rechtsschutz dagegen	24
I. Das präventive Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	24
II. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen und Realakte	25
1. Die gefahrenabwehrrechtlichen Verfügungen	25
2. Die gefahrenabwehrrechtlichen Realakte	32
III. Die Gefahrenabwehrverordnungen	32
IV. Rechtsschutz gegen gefahrenabwehrrechtliche Maßnahmen	38
1. Rechtsschutz gegen polizeiliche Maßnahmen	38
2. Rechtsschutz gegen sicherheitsbehördliche Maßnahmen	41
§ 4 Die polizeilichen Schutzgüter und die verschiedenen Gefahrbegriffe	44
I. Das Schutzzug „öffentliche Sicherheit“	44
II. Der Begriff der „öffentlichen Ordnung“	45
III. Die Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	46
1. Der Begriff der (einfachen) „Gefahr“	46
2. Besondere Gefahrbegriffe	47
3. Ungeschriebene Gefahrbegriffe und Fehlprognosen	50
Fall 3: Die vermeintlichen Selbstmörder	52
§ 5 Der Pflichtige im Polizei- und Sicherheitsrecht	55
I. Der Verhaltens- und der Zustandsstörer (Art. 7, 8 PAG, 9 I, II LStVG)	56

1.	Der Verhaltensstörer	56
2.	Der Zustandsstörer	56
3.	Kausalität als weitere Voraussetzung der Haftung	57
4.	Die Situation bei unklarer Verantwortlichkeit	59
5.	Rechtsfolgen für die Störer	60
II.	Die Verantwortlichkeit aufgrund von Rechtsnachfolge	61
1.	Die Rechtsnachfolge in eine noch nicht konkretisierte Pflicht	61
2.	Die Rechtsnachfolge in eine bereits konkretisierte Pflicht	62
III.	Die Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern	63
IV.	Die Auswahl zwischen mehreren Störern	64
V.	Die unmittelbare Ausführung anstelle des Verantwortlichen	65
1.	Dogmatische Einordnung	65
2.	Voraussetzungen	66
3.	Rechtsfolge des Art. 9 PAG bzw. des Art. 7 III LStVG	67
VI.	Die Inanspruchnahme eines Nichtverantwortlichen	68
1.	Voraussetzungen des Art. 10 PAG bzw. Art. 9 III LStVG	68
2.	Rechtsfolgen der Inanspruchnahme Dritter	69
§ 6	Die Standardmaßnahmen	70
I.	Die verschiedenen Befugnisnormen	70
II.	Die einzelnen polizeilichen Standardmaßnahmen	71
1.	Die Befragung und Auskunftspflicht, Art. 12 PAG	71
2.	Die Identitätsfeststellung, Art. 13 PAG	72
3.	Die erkennungsdienstlichen Maßnahmen, Art. 14 PAG	76
4.	Die Vorladung, Art. 15 PAG	78
5.	Der Platzverweis, das Kontaktverbot, die Aufenthalts- und Meldeanordnung, Art. 16 PAG	79
6.	Der Gewahrsam, Art. 17–20 PAG	82
Fall 4:	Der aggressive Bettler	86
7.	Die Durchsuchung von Personen, Sachen und Wohnungen, Art. 21–24 PAG	90
8.	Die Sicherstellung, Verwahrung, Verwertung, Vernichtung und Herausgabe, Art. 25–28 PAG	94
9.	Vorschriften zu den Richtvorbehalten und dem gerichtlichen Verfahren, Art. 94–99 PAG	97
III.	Die einzelnen sicherheitsrechtlichen Standardmaßnahmen	97
1.	Bekämpfung verwilderter Tauben, Art. 16 LStVG	97
2.	Halten von Hunden bzw. Schutz vor gefährlichen Hunden, Art. 18 LStVG	98
3.	Veranstaltung von Vergnügungen, Art. 19 LStVG	99
4.	Menschenansammlungen, Art. 23 LStVG	101
5.	Betreten und Befahren von Grundstücken sowie Baden, Betreten und Befahren von Eisflächen, Art. 26 f. LStVG	101
6.	Verzehr alkoholischer Getränke auf öffentlichen Flächen, Art. 30 LStVG	102
7.	Halten gefährlicher Tiere sowie Zucht und Ausbildung von Kampfhunden, Art. 37, 37a LStVG	103

§ 7	Die Generalklauseln im Polizei- und Sicherheitsrecht	105
I.	Die polizeiliche Generalklausel (Art. 11 I, II, 11a PAG)	105
II.	Die sicherheitsrechtliche Generalklausel (Art. 7 II LStVG)	107
§ 8	Die Vollstreckung im Polizei- und Sicherheitsrecht	108
I.	Die Vollstreckung nach Art. 70 ff. PAG	109
1.	Die Zwangsmittel	109
a)	Die Ersatzvornahme, Art. 72 PAG	109
b)	Das Zwangsgeld und die Ersatzzwangshaft, Art. 73, 74 PAG	110
c)	Der unmittelbare Zwang, Art. 75 ff. PAG	110
2.	Das gestreckte Verfahren nach Art. 70 ff. PAG	112
3.	Die Voraussetzungen des abgekürzten Verfahrens	116
4.	Der Sofortvollzug ohne Grundverfügung nach Art. 70 II PAG	116
5.	Die Abgrenzung von Vollstreckung, Sofortvollzug und unmittelbarer Ausführung	119
II.	Die Vollstreckung nach dem VwZVG	122
1.	Allgemeines	122
2.	Verhältnis zur Vollstreckung nach dem PAG	123
Fall 5:	Der Lkw-Anhänger im Nebel	124
§ 9	Das besondere Polizei- und Sicherheitsrecht – das Versammlungsrecht	129
I.	Begrifflichkeiten im Versammlungsrecht	129
1.	Die Versammlung	129
2.	Die Öffentlichkeit der Versammlung	130
3.	Versammlung in geschlossenen Räumen und unter freiem Himmel	130
II.	Das Versammlungsgesetz	130
1.	Versammlungen in geschlossenen Räumen	131
2.	Versammlungen unter freiem Himmel	131
3.	Zuständigkeit und Vollstreckung	133
4.	Das Verhältnis zwischen dem PAG und dem BayVersG	133
2. Teil:	Die Vertiefung und Wiederholung mittels Fälle	135
Fall 1:	Das Entführungs drama (Polizeibegriff, Ermächtigungs- grundlagen)	135
Fall 2:	Streit um gefährliche Tauben (Überprüfung einer Gefahren- abwehrverordnung, Einspruch nach dem OwiG)	139
Fall 3:	Behörde versus Behörde (Einstweiliger Rechtsschutz, formelle und materielle Polizeipflichtigkeit von Hoheitsträgern)	146
Fall 4:	Das umkämpfte kommunale Drogenhilfenzentrum (Einstweili- ger Rechtsschutz, Aufenthaltsverbot, Gefahrbegriff, Maßnahmen gegen Prostitution)	152
Fall 5:	Die gebremste Spritzerin (Rechtsmittel im einstweiligen Rechtsschutz, Verhältnis des LStVG zum Gewerberecht, Verhäl- tnismäßigkeit)	164
Fall 6:	Das Kennzeichenlesegerät (Verfassungsbeschwerde gegen PAG-Norm, Gesetzgebungskompetenzen bei der Gefahrenab- wehr, Allgemeines Persönlichkeitsrecht, Datenschutz)	175

Fall 7:	Die Identitätsfeststellung bei Lorenz W. (Fortsetzungsfeststellungsklage, Voraussetzungen der Identitätsfeststellung)	183
Fall 8:	Die ungeliebten Hütchenspieler (Verhältnis von Standardmaßnahmen und Generalklausel, Platzverweis, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)	193
Fall 9:	Die Erziehung eines Motorradfahrers (Abschleppmaßnahmen, Konnexitätsgrundsatz, Kostenbescheid, Sicherstellung, Verwahrung)	197
Fall 10:	Die erboste Universitätspräsidentin (Abgrenzung unmittelbare Ausführung – Vollstreckung, Überprüfung eines Kostenbescheides)	209
Fall 11:	Abgeschleppt (Kostenbescheid für eine Vollstreckungsmaßnahme, Probleme der sofortigen Vollziehbarkeit)	217
Fall 12:	Das tolle Radarwarngerät ist weg! (Einstweiliger Rechtsschutz, Rechtsbehelf gegen Sicherstellung und Vernichtung, öffentliche Sicherheit, Konflikt mit dem Unionsrecht)	227
Fall 13:	Der transparente Polizeiapparat (Vorgehen gegen eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten, Grundrechtsfähigkeit von Beamten, Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, Popularklage)	233
Fall 14:	Ein Schreck in der Morgenstunde (Beschwerde gegen einen Gerichtsbeschluss, Vorgehen nach dem VereinsG)	239
Fall 15:	Das Versammlungsverbot gegen rechts (Versammlungsfreiheit, kollidierendes Verfassungsrecht, öffentliche Ordnung)	245
Fall 16:	Tumulte bei der Ehrenpromotion (Fortsetzungsfeststellungsklage, Anscheingefähr, Minusmaßnahmen, Grundrechte)	251
Fall 17:	Ab an die Leine (Anforderungen an die Gefahr, Wesenstest, Kampfhunde, kommunale Zusammenarbeit, LStVG)	259
Fall 18:	Das Brückenverbot zum Jahreswechsel (Popularklage, Bayerisches Verfassungsrecht, Rechtsverordnung, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)	265
Fall 19:	Umfangreiche Alkoholprobleme (Allgemeinverfügung gegen einzelne Personen, einstweiliger Rechtsschutz gegen bewehrte Verordnungen, Normenkontrollantrag, Vollstreckung)	274
Anhang:	Die Lösung der Wiederholungsfragen	285
Stichwortverzeichnis		293